

ITALIEN

Im Vergleich zu vielen anderen EU-Ländern ist die Resonanz auf die Finanzkrise in Italien auffallend verhalten; kaum einmal wird Grundsatzkritik laut. Das hängt damit zusammen, dass der Eindruck einer wirtschaftlichen Krise im Land schon länger vorherrscht: Ungefähr zeitgleich zum Ausbruch der Finanzkrise an der Wall Street ging ein Tauziehen um die ins Trudeln geratene italienische Fluggesellschaft Alitalia vorläufig zu Ende, das Italien und seine Politiker monatelang in Atem gehalten hatte. In gewisser Weise haben sich die Italiener in den letzten Jahren an deprimierende Nachrichten über die wirtschaftliche und finanzielle Schwäche ihres Landes gewöhnt: Die Staatsverschuldung ist die dritthöchste der Welt (2008 ca. 104 Prozent, sie wird nach neuesten Schätzungen erst 2011 unter die 100-Prozent-Grenze fallen), die Inflation liegt auf einem Höchststand seit zwölf Jahren, der Pasta-Preis – in Italien ein wichtiger Indikator – ist binnen eines Jahres um ein Viertel gestiegen, und das BIP fällt.

RESONANZ AUF DIE KRISE

Allgemein beteuern Politiker und Finanzexperten, dass die Liquidität der italienischen Banken ausreicht; im Banken- und Versicherungswesen werde die Krise kaum Folgen haben. Was im Land zu anderen Zeiten oft beklagt wird, nämlich eine gewisse „Rückständigkeit“ im Bankensektor, könnte sich im Moment der Krise als Vorteil für Italien erweisen. „Die Banker sind bei Darlehen immer vorsichtig gewesen, weil sie im Fall der Säumigkeit ihrer Kreditkunden die Sicherheiten lange nicht so schnell

verwerten konnten wie in Amerika.“¹ Eine Ausnahme macht vor allem die Unicredit Banca, eine Vorreiterin der Internationalisierung im italienischen Bankensystem, die mit der Hypovereinsbank (welche ursprünglich die Hypo Real Estate kontrollierte) eine Fusion eingegangen ist. Weil viele Experten die Gefahr sahen, dass Unicredit gezwungen werden könnte, für die HRE einzustehen, gab der Unicredit-Kurs am 30. September 2008 um mehr als zwölf Prozent nach. Unicredit-Chef Alessandro Profumo sah sich in Zeitungsinterviews zur Selbstkritik genötigt; vielleicht habe man bei der internationalen Ausrichtung der Bank übertrieben.

Ministerpräsident Silvio Berlusconi versprach Anfang Oktober 2008, keine italienische Bank werde Konkurs anmelden und kein italienischer Sparer werde auch nur einen Euro verlieren. Die Anleger sollten jetzt keine Aktien verkaufen, da diese in ca. zwei Jahren wieder ihr Geld wert seien; die italienischen Unternehmen funktionierten und verteilten Dividenden, so dass die Börsen, die die Aktien jetzt unterbewerten, später mit Sicherheit wieder zu einem günstigeren Urteil kommen würden. Wenn die akute Phase der Krise vorbei sei, werde die Realwirtschaft durch Steuererleichterungen, für die er sorgen werde, wieder anziehen. Vorübergehend für Irritationen sorgte eine Bemerkung Berlusconis, dass angesichts der Krise der Börsenhandel zeitweise ausgesetzt werden könnte – eine Äußerung, der sogar das Weiße Haus in Washington widersprach. Der Premier warnt auch vor feindlichen Übernahmen italienischer Unternehmen durch Fonds aus Ölförderländern; Italien werde deshalb bald neue Regeln aufstellen,

¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.10.2008.

die feindliche Übernahmen erschweren sollen.² Ein Eildekret, das die Regierung am 8. Oktober 2008 beschloss, macht es dem Finanzministerium nun möglich, beim Kapital einer konkursgefährdeten Bank durch den Erwerb von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zeitweilig einzusteigen. Das Kabinett erweiterte auch die staatliche Garantie zum Einlagenfonds der Banken, welcher die Depots der Sparer verwahrt. Finanzminister Giulio Tremonti betonte, der Staat gebe keine Gelder an die für die Fehler der Banken Verantwortlichen; eine Bank, die staatliche Hilfen wolle, müsse die verantwortlichen Manager zuvor ablösen. Das Dekret legt keine Kriterien für die staatlichen Interventionen fest und nennt vor allem (das ist ein wesentlicher Unterschied zu anderen Ländern, auch zu Deutschland) keine Zahl. Tremonti meinte, der Staat werde nur auf Hinweis der Zentralbank handeln und das fehlende staatliche Stimmrecht beim Einstieg in Aktiengesellschaften zeige, dass es sich dabei um keine Verstaatlichung handle.

Die Tageszeitung *La Repubblica* lobt das Handeln der Regierung, moniert allerdings, dass die Kabinettsitzung zu dem Thema nur wenige Minuten gedauert habe und dass man auch jetzt noch sehr wenig in der Hand habe – vor allem keine einzige Zahl. Zwei weitere Dekrete vom 13. Oktober 2008 bieten eine staatliche Garantie für fünf Jahre auf die von den Banken bis 2009 ausgegebenen Emissionspapiere. Oberstes Ziel der Regierung in der Krise ist es, dass Anleger und Sparer weiterhin Vertrauen zu den Banken haben. Geplant ist ein weiteres Maßnahmen-Paket, das Unternehmen helfen soll, die keine Kredite mehr erhalten, sowie staatliche Garantien für entsprechende Kredite an Unternehmen und die Bildung eines Fonds für mittlere und größere Unternehmen, die in die Krise geraten.³

² Libyens Zentralbank und Staatsfonds haben kürzlich ihren Aktienanteil an der Unicredit Banca von bisher 0,87 auf 4,2 Prozent erhöht; Libyen ist damit zweitgrößter Aktionär der Bank. Generell gibt es aber weniger Beteiligungen ausländischer Staatsfonds an „blue chips“ in Italien, als das in Deutschland oder Frankreich der Fall ist.

³ *La Repubblica*, 19.10.2008.

Ex-Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi, früherer Gouverneur der italienischen Zentralbank Banca d'Italia, sah in einem Artikel kurz nach Ausbruch der US-Finanzkrise die Schuld vor allem in einem Versagen der Aufsichts- und Kontrollbehörden. Die Federal Reserve Bank der USA etwa habe zu lange an einer expansiven Geldpolitik festgehalten; das habe den Finanzmarkt zu falschen Annahmen verleitet.⁴ Mario Draghi, jetziger Hausherr in der Banca d'Italia, sieht ein unglückliches Zusammentreffen von steigender Inflation, gebremstem Wirtschaftswachstum und Liquiditätsschwierigkeiten im Finanzmarkt als Hintergrund der Krise.

Es stimme zwar – so bemerkt ein Leitartikler im *Corriere della Sera* –, was man in Europa zur Zeit denke, dass nämlich die entschlossene Deregulierung der Märkte in den USA in den Ruin geführt habe und dass die Amerikaner besser daran getan hätten, dem europäischen Modell zu folgen. Doch habe die Deregulierung der 1980er Jahre auch zu mutigen Investitionen geführt – Aufkaufen verschuldeter Unternehmen, um sie zu sanieren und dann mit Gewinn wieder zu verkaufen – und erst das habe die Produktivitätsgewinne der neunziger Jahre überhaupt möglich gemacht. Wer heute die Investmentbanken kritisiere, die die Finanzblase herbeigeführt hätten, dürfe nicht übersehen, dass ein zukunftsträchtiges Unternehmen wie Google durch diese Banken überhaupt erst möglich wurde. Vielleicht sei der „Giga-Kapitalismus“ gescheitert, aber nicht der Markt, meint ein anderer Kommentator des *Corriere*, denn in den USA wachse doch z.B. der Industriesektor weiterhin; der Export steige, das Handelsdefizit gehe zurück. Doch dürfe man sich auch nichts vormachen, die wahre Krise werde jetzt erst beginnen. Im Vergleich zu 1929 sei eigentlich nur schlimmer, dass die Deregulierung zu einer Vervielfältigung der Risiken geführt habe. Nicht einmal die Chefs wüssten doch noch, was eigentlich Teil ihres Unternehmens sei.⁵

Das Vertrauen der Italiener in die Institutionen ist angesichts der Krise deutlich gewachsen. Italien sei eben ein Land, das

⁴ *Il Messaggero*, 17.09.2008.

⁵ *Corriere della Sera*, 01.10.2008.

in Krisenzeiten zusammenrücke, meint *La Stampa* dazu. Nach einer Umfrage fürchten sich die Italiener mittlerweile mehr vor der Finanzkrise (60 Prozent) als vor dem Terrorismus (ca. 40 Prozent) und glauben mehrheitlich (53 Prozent), dass die Krise noch jahrelang Auswirkungen haben wird.

AUSWIRKUNGEN AUF ITALIEN

Finanzminister Giulio Tremonti hielt es zu Beginn der Krise für gut denkbar, dass Italien zum Schluß sogar gestärkt aus den Turbulenzen hervorgehen könnte. Schließlich seien die Italiener im Vergleich zu den US-Bürgern im Durchschnitt deutlich weniger verschuldet und außerdem werde Italien wegen der fehlenden internationalen Vernetzung seines Bankensektors jetzt nicht in Bankenkonkurse andernorts verwickelt. Allerdings seien Italiens Unternehmen strukturell unterkapitalisiert und damit auf Kredite durch die Banken besonders angewiesen. Anfang Oktober 2008 sah die Regierung daher die Gefahr einer Blockade des Kreditwesens und einer Geldknappheit bei den Unternehmen, was auch mit einem Einbruch beim Konsum (20 Prozent Rückgang im Benzinverbrauch) zusammenfällt. Tremonti spricht seither von einem „Plan B“: Banken, die ordentlich wirtschaften, aber Liquiditätsprobleme haben, könnten vom Staat eine Garantie „einkaufen“, um sich zu finanzieren. Seit die EU-Kommission am 14. Oktober 2008 wissen ließ, dass der ausgeglichene Haushalt nicht mehr höchste Priorität haben müsse, hat die römische Regierung begonnen, über eine Unterstützung der Automobilbranche, öffentliche Investitionen und direkte Hilfen für Einkommensschwächere nachzudenken.

Aus Sicht der Regierung ist das italienische Bankensystem krisenfester als anderswo: Das Modell der Investmentbanken ist in Italien eher selten, stattdessen dominieren die Geschäftsbanken. Auch das Kreditssystem ist „etwas veraltet“ (Tremonti), so dass Italien in der Krise weniger exponiert scheint als etwa Deutschland oder Spanien. Wegen der Einkommenseinbußen bei den im Bank- und Finanzbereich Beschäftigten in der westlichen Welt könnte allerdings der in Italien starke Luxusgütermarkt Schwierigkeiten bekommen. Und eine Krise der Automobilindustrie

(Rückgang von Geschäftsabschlüssen im August 2008 um 32 Prozent im Vergleich zum August 2007) verschlechtert die italienische Industriebilanz im Allgemeinen: Die Geschäftsabschlüsse waren im August 2008 auf dem niedrigsten Stand seit 1991, die Zahl der Aufträge ist um über fünf Prozent zurückgegangen; im September 2008 sank die Industrieproduktion um 2,3 Prozent. Überhaupt hat das Land die Konjunktur der letzten Jahre nicht genutzt und verfügt deswegen jetzt auch nur über sehr wenig Rücklagen, wenn es noch ernster werden sollte. Der Internationale Währungsfonds geht davon aus, dass es in Italien 2008 und auch 2009 kein Wirtschaftswachstum oder sogar ein Minuswachstum geben wird; unter den EU-Staaten ist die Prognose nur für Irland noch schlechter. Ein Lichtblick ist es da, dass Italiens Immobilienmarkt der Krise standgehalten hat.

„Alle Konjunktur-Indikatoren sind derzeit negativ“, schreibt der Unternehmensexperte Alfredo Parisi in einer Analyse für die Konrad-Adenauer-Stiftung Rom. „Das erschwert den wirtschaftlichen Zyklus noch, der auch Steuererhöhungen und Kreditknappheit verkraften muss. Diese Punkte betreffen besonders das Segment der kleinen und mittleren Unternehmen, die in Italien etwa 94 Prozent aller Unternehmen ausmachen.“

Außenpolitisch fühlt sich die italienische Regierung durch die Ereignisse der letzten Wochen gestärkt. Vor allem deshalb, weil sie – anders als Spanien – zu den G4-Beratungen über die Finanzkrise hinzugezogen wurde. Auf die Einbeziehung in wichtige internationale Konsultations- und Entscheidungsprozesse legt Italien größten Wert. Zusammen mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy setzte sich Berlusconi auf dem G4-Treffen von Paris Anfang Oktober 2008 für einen europäischen Hilfsfonds ein, scheiterte aber am Widerstand nicht zuletzt von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Wenige Tage später entschied sich dann auch seine Regierung wie Deutschland für den Weg der staatlichen Garantie, aber gegen Verstaatlichungen. Der frühere EU-Kommissar Mario Monti wertete Europas Bemühungen um ein gemeinsames Vorgehen als große Chance für die weitere europäische Integration.

Manche Beobachter glauben gar, dass das „Vierer-Direktorium“ Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien sogar zur festen Einrichtung werden könnte, weil es eine Anomalie in der Euro-Zone überwinde, die zwar eine gemeinsame Währung und Zentralbank habe, aber keinen effizienten Organismus zur Wirtschaftspolitik. Berlusconi forderte schon früh eine „permanente Konsultation“ nicht nur der G8, sondern eines um wichtige Schwellenländer erweiterten Kreises (G14 oder G16) zum internationalen Finanzmarkt; die Urheberschaft an der Idee eines „Bretton Woods 2“ reklamieren Berlusconi und Tremonti für sich.

Die Tatsache, dass auf internationaler Ebene – mit Ausnahme des britischen Labour-Regierungschefs Gordon Brown – vor allem konservative Politiker auf die Finanzkrise reagieren (Merkel, Sarkozy, Berlusconi und Bush), gibt der Regierung auch innenpolitisch weiter Auftrieb. Berlusconi glaubte es sich daher leisten zu können, Versuche der linken „Demokratischen Partei“ unter Walter Veltroni, sich als Partner bei Rettungsversuchen ins Gespräch zu bringen, als „belanglos“ abzulehnen.

INTERPRETATIONEN DER KRISE UND LEHREN FÜR DIE ZUKUNFT

Viele Personen des öffentlichen Lebens, etwa der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Michele Salvati, warnen jetzt angesichts der Finanzkrise vor einem Ruf nach „mehr Staat“. Die Finanzspritze durch die US-Regierung sei aus der Not geboren, könne aber das Grundproblem der derzeitigen Krise nicht lösen, nämlich das Fehlen von Regeln (bzw. ihre mangelnde Qualität) im Finanzsektor und die dadurch entstehende Gefahr der Instabilität. Dieses Thema sei allerdings besonders riskant für Italien, weil das Land zu Regeln traditionell kein einfaches Verhältnis habe und weil sich das Problem des Interessenkonflikts zwischen Politik und Finanzwirtschaft in Italien noch gravierender stelle als selbst in den USA. „Mehr Staat“ dürfe also mit Blick auf Italien nur heißen: Regeln gegen Willkür und Interessenkollisionen. Auch die neue Confindustria-Chefin Emma Marcegaglia warnt, der Staat dürfe jetzt nicht versuchen, die Hauptbanken und

industriellen Assets zu kontrollieren. Die Tageszeitung *La Repubblica* sieht konkret die Gefahr, dass die Mitte-Rechts-Regierung jetzt versuchen könnte, Hand an Banken zu legen, die ihr politisch fernstehen.

Der Wirtschaftswissenschaftler Francesco Giavazzi hält neue Regeln zur Vermeidung künftiger Krisen nicht für nötig: Finanzkrisen gehörten nun einmal zum Kapitalismus, das Risiko sei gar seine Seele. Irgendwann wäre die Krise sowieso ausgebrochen und das lasse sich auch mit den besten Regeln nicht verhindern. Eigentlich gehe es nicht darum, Krisen zu verhindern, sondern ihre Folgen abzufedern: Absicherung des Ersparnen sowie der Liquidität im Bankenwesen in Zeiten der Krise. Der Finanz- und Unternehmensexperte Alfredo Parisi spricht hingegen in einer Analyse für die Konrad-Adenauer-Stiftung durchaus von einer „Krise der Regeln, mehr noch als einer Krise von Subjekten wie Banken, Rating-Agenturen oder Versicherungen“. Es stelle sich jetzt als „klarer strategischer Fehler“ heraus, „Finanzwesen und Kreditwesen voneinander zu trennen“, ja sogar die Realwirtschaft „in den Dienst der finanziellen Komponente zu stellen“; die „Krise des Großbank-Modells“ zeige „die zentrale Rolle der Banken als Kredit-Vermittler und Unterstützer von Unternehmen“ vor Ort und in der Fläche. „Die große Dimension hat“, so urteilt Parisi, „die Wahrnehmung der Realwirtschaft verdunkelt.“

„Der Kollaps der Finanzsysteme“, so schreibt er weiter, „und die irreversible Krise der Bankenkolosse mit der Folge, dass die Liquidität an den Märkten knapp wurde, konnte nur zum Eingreifen des Staates in das wirtschaftliche System führen. Dieses Eingreifen, das mit einer nie zuvor erlebten Geschwindigkeit und Kraft vor sich geht, gibt uns auch einen neuen Blick für die Bedeutung der Globalisierung.“

Der Gouverneur der „Banca d'Italia“, Mario Draghi, hat Mitte September 2008 bei einer Veranstaltung der Bundesbank in Berlin den Zentralbanken geraten, künftig nicht nur die Inflation zu beachten, sondern auch eventuelle Finanzblasen, die sich in Momenten des Börsen-Booms bildeten.

Allgemein spürbar ist bei vielen italienischen Politikern und Experten eine Enttäuschung über die als nationaler Egoismus empfundene Haltung der deutschen Kanzlerin Angela Merkel zu Beginn der Krise; immer wieder fiel in diesem Zusammenhang das Wort von einer neuen „Berliner Mauer“.

Viele Kommentatoren gehen davon aus, dass die Krise letztlich den Abschied der USA von der Rolle der finanziellen Supermacht bedeute und die Zukunft einer auch in dieser Hinsicht multipolaren Ordnung gehöre. Das sei eine gewaltige politische Auswirkung der Finanzkrise, die auch dadurch verstärkt werde, dass das liberale Modell der Gesellschaft, welches die USA bisher vertraten, stark an Anziehungskraft verloren habe.

Stefano Silvestri vom Institut für Internationale Politik (IAI) sieht allerdings gerade unter diesen Umständen den Moment für einen „neuen transatlantischen Pakt“ gekommen, der von politisch-wirtschaftlicher Natur sein müsse. Neue, aufstrebende Mächte hätten zwar ihre Blockadefähigkeit bewiesen, böten aber keine Alternative zum westlichen Modell der „governabilità globale“.⁶

*Wilhelm Staudacher
Stefan von Kempis
KAS-Auslandsbüro Rom
20. Oktober 2008*

⁶ *AffarInternazionali*, 13.10.2008.